

Vergleich der Kernforderungen des Deutschen Naturschutzing (DNR) zur Bundestagswahl 2021 mit dem Wahlprogramm der SPD



Wahlforderungen DNR DNR DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Landwirtschaft

EU-Agrarpolitik

Gezielte Stärkung der ökologischen Leistungen im Rahmen der nationalen Umsetzung.

Auf mindestens 10 Prozent der Agrarfläche artenreiche Landschaftselemente (z.B. Brachen, Blühflächen, Gehölze) erhalten oder entstehen lassen.

Mindestens 30 Prozent Eco-Schemes, schrittweiser Anstieg im Laufe der Förderperiode, maximale Nutzung der Umschichtung in die 2. Säule.

Ausstiegspfad aus den pauschalen Direktzahlungen bis 2027.

Klima & Landnutzung

Aktionsprogramm Klima & Landnutzung mit wirksamen Anreizen für Stärkung des Wasser-rückhalts in der Landschaft, Ausbau des Biotopverbunds, flächengebundene Tierhaltung, nachhaltige Weidewirtschaft, naturverträgliche und klimaangepasste Formen der Land-nutzung und der Waldbewirtschaftung.

Nachbesserung des Klimaschutzprogramms 2030 gemäß den Vorgaben im Klima-schutzgesetz.

Stärkere Einbeziehung der landwirtschaftlichen Landnutzung in den LULUCF-Sektor.

Farm-to-Fork-Strategie

Maßnahmenplan zur nationalen Umsetzung der Strategie.

Wahlprogramm SPD

Landwirtschaft

EU-Agrarpolitik

„Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Land-wirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern.“

Klima & Landnutzung

„Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsinken kann Deutschland nicht klimaneutral werden. Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wieder vernässt werden.“

Farm-to-Fork-Strategie

Pestizide

Halbierung des Pestizid- und effiziente Reduzierung des Düngemittleinsatzes in der Landwirtschaft.

Ernährung

Reduktion des Konsums tierischer Lebensmittel und Förderung alternativer Proteinstrategien.

Tierschutz

Verbesserung der Tierschutzgesetzgebung, Erarbeitung von verbindlichen Haltungsvorschriften für Tierarten.

Tierhaltung

Den Umbau der Nutztierhaltung basierend auf den Empfehlungen der Borchert-Kommission (insb. Erweiterung und Verschärfung des Ordnungsrechts, verpflichtende Tierschutzkennzeichnung, Ausstieg aus tierschutzwidrigen Haltungsverfahren, Finanzierung).

Viehichte

Konsequente einzelbetriebliche Flächenbindung der Tierhaltung (max. 2 GVE/ha) mit Programmen zum Abbau von Tierbeständen in den viehdichtesten Regionen und Umbau zu tier- und klimagerechten Haltungsformen.

Antibiotikaeinsatz

Die konsequente Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes. Der Einsatz von für die Menschen wichtigen Reserveantibiotika darf nur in Ausnahmefällen erfolgen, wenn keine anderen Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und dies mit einem Antibiotogramm bestätigt wird.

Ökologischer Landbau

Anhebung des Ausbauziels auf mindestens 25 Prozent der Fläche bis 2030.

Pestizide

„Ebenso wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.“

Ernährung

„Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. Wir wollen in staatlich finanzierten Einrichtungen eine den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung umsetzen.“

Tierschutz

„Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.“

Tierhaltung

„Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen.“

Viehichte

„In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze.“

Antibiotikaeinsatz

„Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren.“

Ökologischer Landbau

Moorschutz

Den schrittweisen Ausstieg aus der entwässerungsbasierten Landnutzung auf Mooren mit einem breit abgestimmten Transformationspfad in der Nationalen Moorschutzstrategie inklusive entsprechender Strukturanpassungsinstrumente.

Gentechnik

Eine Beibehaltung der gesetzlichen Regulierung neuer gentechnischer Verfahren im Rahmen der EU-Freisetzungsrichtlinie. Das Vorsorgeprinzip muss hier weiterhin das oberste Gebot bleiben. Kennzeichnung, Transparenz und Rückverfolgbarkeit sind genauso unabdingbar wie umfassende Risikoprüfung und Zulassungsverfahren.

Einen Einsatz für ein internationales Moratorium gegen die Freisetzung von Gene-Drive-Organismen und eine deutliche Absage an den Einsatz von Gentechnik und Gene Drives unter dem Deckmantel des Natur- und Artenschutzes.

Forstwirtschaft

Ökosystemleistungen

Definition von ökologischen Mindeststandards als Voraussetzung zur möglichen Förderung von Naturschutz- und Ökosystemleistungen im Wald.

Waldumbau

Ausrichtung von Maßnahmen der Wiederbewaldung und des naturnahen Waldumbaus an den Zielen des Naturschutzes sowie den Strategien zur Klimaanpassung.

Nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern der öffentlichen Hand

Bewirtschaftung von Staatswald und Wäldern in öffentlicher Hand soll dem Gemeinwohl dienen und nicht dem Anspruch forstwirtschaftlicher Gewinnmaximierung unterliegen. Vorrang der Entwicklung zu Wildnisflächen anstelle der kostenintensiven Wiederaufforstung.

Zero-Deforestation Strategien

Einführung von Zero-Deforestation Strategien, die von den Unternehmen entlang ihrer Lieferketten verbindlich und transparent umgesetzt werden müssen.

Moorschutz

„Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wieder vernässt werden.“

Gentechnik

„Wir bleiben beim Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen.“

Forstwirtschaft

Ökosystemleistungen

Waldumbau

„Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können.“

Nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern der öffentlichen Hand

Zero-Deforestation Strategien

„Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern.“

Natur- und Umweltschutz

Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt

Ambitionierte Neuauflage der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) im Sinne eines für alle Ressorts verbindlichen Aktionsplans mit konkreten Zielen und Maßnahmen.

Biodiversitätsprüfung

Prüfung aller Gesetzgebungsvorhaben auf Einhaltung der Klima- und Biodiversitätsziele.

Renaturierungsplan

Erarbeitung eines verbindlichen nationalen Renaturierungsplans gemäß den Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie mit thematischen Forderungen und quantitativen Zielen. Schwerpunkt bei der Gebietsauswahl auf Gebiete, die gleichzeitig Synergien zum Klimaschutz oder anderen Ökosystemleistungen bieten.

Naturschutzfinanzierung

Qualitätsoffensive für den Naturschutz in Verbindung mit der Schaffung eines Bundesnaturschutzfonds in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich. Stärkere Unterstützung und Finanzierung von Schutzgebieten in den Bundesländern durch Änderung des Grundgesetzes.

Schaffung eines Sonderrahmenplans „Biodiversität“ in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), über den eine gezielte Bündelung von Fördermaßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt, zum Schutz von Mooren und zur Rückhaltung von Wasser in der Landschaft sowie zur Beratung für Naturschutzleistungen erfolgen kann.

Schutzgebiete

Initiierung einer Qualitätsoffensive für Schutzgebiete. Aufwertung der Großschutzgebiete (insb. Naturparke) durch eine Bund-Länder-Initiative, die einen effektiveren Schutz durch adäquate Ausstattung der Verwaltungen sowie Anpassung der jeweiligen Verordnungen vorsieht.

Wildnis

Neuausrichtung der Wildnisförderung. Die Bundesregierung muss für ihr Ziel, auf zwei Prozent der Landesfläche wieder großflächige Wildnisgebiete zu schaffen, ihr Engagement weiter verstärken und durch eine Verbrauchsstiftung angemessen untersetzen.

Natur- und Umweltschutz

Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt

Biodiversitätsprüfung

Renaturierungsplan

„Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsenken kann Deutschland nicht klimaneutral werden. Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wieder vernässt werden. Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können.“

Naturschutzfinanzierung

Schutzgebiete

Wildnis

Stadtnatur

Verbindliche Umsetzung und Fortschreibung des Masterplans Stadtnatur sowie Einführung eines Bundesprogramms zum Ausbau blau-grüner Infrastruktur in Städten und im ländlichen Raum zur stadtklimatischen Entlastung und zur Daseinsvorsorge.

Fließgewässer

Ablehnung der deutsch-polnischen Stromregelungskonzeption für die Oder, solange die Planungen nicht im Einklang mit den umwelt- und naturschutzrechtlichen Vorgaben stehen.

Konsequentes Verbot von Wasserkraftanlagen in Schutzgebieten. Rückbauprogramm für unrentable Kleinwasserkraftanlagen und umfassendes Modernisierungsprogramm für die Minimierung der ökologischen Auswirkungen an rentabel wirtschaftenden Wasserkraftwerken.

Meeresschutz

Offensive für die Meere, um ihre Ökosystemleistungen zu sichern und ihre Resilienz in der Klimakrise zu stärken. Der Schutz mariner Arten und Lebensräume sowie der Ökosystemansatz der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie müssen ins Zentrum meerespolitischer Entscheidungen rücken.

Mindestens 50 Prozent der Fläche der Meeresschutzgebiete sind aus der wirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und eine ausschließlich nachhaltige Nutzung von Nord- und Ostsee einschließlich eines wissenschafts- und ökosystembasierten Fischereimanagements ist zu etablieren. Eine effektive Kontrolle und Überwachung der Fischerei (und anderer Nutzungen) ist dabei unabdingbar.

Flächenverbrauch

Begrenzung des Flächenverbrauchs durch Streichung des § 13b im Baugesetzbuch sowie die Entwicklung eines Flächenspargesetzes und eines Bund-Länder-Aktionsplans, um den Netto-Flächenverlust bis zum Jahr 2030 zu stoppen.

Subventionen

Abschaffung von etablierten umweltschädlichen Subventionen.

Stadtnatur



Fließgewässer



Meeresschutz

„Insbesondere die Verschmutzung der Meere durch Plastik ist alarmierend. Wir müssen die zunehmende Plastikflut zurückdrängen.“



Flächenverbrauch



Subventionen

„Klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen.“

Europäischer Natur- und Umweltschutz

Europäischer Green Deal

Ambitionierte Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des europäischen Green Deals für Klimaschutz und Biodiversität und der darin enthaltenen Farm-to-Fork- und Biodiversitäts-Strategie. Die Bundesregierung muss sich für weitere Ambitionssteigerungen in der EU einsetzen.

Bodenschutz

Eine verbindliche europäische Bodengesetzgebung, um europäischen Bodenschutz innerhalb eines rechtsverbindlichen europäischen Gestaltungsrahmens zu realisieren.

Internationaler Naturschutz

UN-Biodiversitätskonvention

Schnellstmögliche Umsetzung des neuen strategischen Plans der UN-Biodiversitätskonvention (CBD). Erreichen eines Verhandlungsergebnisses, das den Herausforderungen gerecht wird. Ausreichend finanzielle Ausstattung und klare Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen.

Wildtierhandel

Beendigung des illegalen und Einschränkung des legalen Wildtierhandels, so dass die Dezimierung von Wildbeständen durch Naturentnahmen sowie die Verbreitung von Zoonosen und invasiven Arten verhindert wird. Überprüfung des Imports von Jagdtrophäen geschützter Arten sowie Förderung alternativer Einnahmequellen durch nichtkonsumtive Nutzung.

Haltung von Wildtieren

Einführung einer Positivliste, die festlegt, welche Tiere sich überhaupt als Haustiere eignen. Verbot der Haltung von allen Wildtieren in Zirkusunternehmen.

Internationaler Europäischer Natur- und Umweltschutz

Europäischer Green Deal

Bodenschutz

Internationaler Naturschutz

UN-Biodiversitätskonvention

Wildtierhandel

Haltung von Wildtieren

Quellen:

Deutscher Naturschutzring:

Die zweitbeste Zeit ist jetzt. Wie die neue Bundesregierung die Klima- & Biodiversitätskrise stoppen muss. Kernforderungen der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen zur Bundestagswahl 2021. www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2021-DNR_Kernforderungen_zur_Bundestagswahl.pdf

SPD:

Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>